

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/84

Bonn, den 5. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>Das leidige Münchner Abkommen</u> Ein Mahnwort an gewisse Illusionisten Von Ernst Paul, MdB, Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde	142
3 a	<u>Bagdad und Ostberlin</u> Die Bundesrepublik muß sich mehr um die arabische Welt kümmern	40
4	<u>Erhard in Lateinamerika</u> "Mit der SPD muß man rechnen" Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	40
5 - 6	<u>Sinnbild der Internationale</u> Bruno Kehnins 70 Jahre	74

## Das leidige Münchner Abkommen

---

Ein Mahnwort an gewisse Illusionisten

Von Ernst Paul, MdB,

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde

War es ungültig "von Anfang an"? War es ungerecht? Ist es nicht mehr gültig oder war es ein erfüllter Vertrag, der das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen verwirklichte?

Zwischen diesen Auffassungen schwankt das Urteil der Gegenwart über das leidige Münchner Abkommen. Eine nüchterne Betrachtung über Zustandekommen und Auswirkung dieser im September 1938 erfolgten machtpolitischen Entscheidung scheint daher angebracht zu sein.

Dem britischen Premierminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier ging es damals nur sekundär um das Schicksal der Sudetendeutschen. Sie wollten den Frieden retten "für unsere Zeit" und darum beugten sie sich den Ansprüchen des von Mussolini unterstützten deutschen Diktators. Die Ministerpräsidenten Frankreichs und Großbritanniens wurden wegen ihrer Friedenspolitik von ihren Völkern stürmisch gefeiert. Hitler benützte die ungerechte Behandlung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei als Vorwand für seine Gewaltpolitik. Der überparteiliche Sudetendeutsche Rat hat dies in seinen am 15. Januar 1961 einstimmig angenommen und am 7. Mai des gleichen Jahres auch von der Sudetendeutschen Landsmannschaft akzeptierten "Zwanzig Punkten" in dieser Fassung festgelegt:

- \* "Die Sudetendeutschen waren im Jahre 1938 ebenso nur ein Objekt
- \* der Politik der Großmächte wie am Ende des Ersten Weltkrieges.
- \* Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchner Abkommen
- \* erzwungen."

Daß jenes Abkommen "von Anfang an" leider sehr gültig war, mußten die letzten deutschen Kämpfer für Freiheit und Demokratie in Zentraleuropa in bitterer Deutlichkeit erfahren. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie, eine Partei, die trotz schwerster Arbeitslosigkeit Ende 1937 in 1397 Ortsvereinen noch 82.425 Mitglieder aufwies, wurde zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen. Zahllose Angehörige dieser tapferen Partei wurden von der Gestapo verfolgt. Allein in das Konzentrationslager Dachau sind mehr als fünftausend von ihnen eingeliefert worden. Viele büßten ihr Leben ein, andere mußten die KZ-Haft bis zum Ende des Dritten Reiches ertragen. Kurt Schumacher begegnete in Dachau die sudetendeutschen Sozialdemokraten Alois Ullmann, Mitglied des Parteivorstandes und führender Mann im Arbeiter-Sportverband, sowie die heute noch lebenden Zeugen Roman Wirkner und G. H. Trapp. Über dreitausend sudetendeutsche Sozialdemokraten mußten ihre Heimat verlassen und emigrieren.

Daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungerecht war, wie der Godesberger SPD-Parteitag vom April 1969 es erklärt, ist eine erwiesene Tatsache. Die Vernichtung einer deutschen sozialdemokratischen Partei ist dafür der Beweis. Ungerecht war dieses Abkommen auch gegenüber jenen Tschechen, die seit langem im gemischtsprachigen Gebiet Böhmens und Mährens zuhause waren und ihre Heimat verlassen mußten - ich meine nicht die eingeschleusten tschechischen Staatsbeamten.

Die Sudetendeutschen in der tschechoslowakischen Republik wurden nicht gerecht behandelt. Das soll nicht verschwiegen werden. Aber diese Tatsache steht auf einem anderen Blatt der Geschichte. Es fehlte auch nicht an Versuchen, durch aktive Mitarbeit im Staate die Gleichberechtigung zu erzielen. Daß in den zwanzig Jahren des Bestandes der ersten Tschechoslowakei durch zwölf Jahre deutsche Parteien an der Prager Regierung teilgenommen haben, ist der Beweis für den Willen zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk. Wie wenig dieser Wille anerkannt wurde, wird einmal in der tschechischen Geschichte ein gerechtes Urteil finden. Indirekt ist diese Frage heute schon beantwortet: Die kürzlich erfolgte Umbildung der Tschechoslowakei in einen Föderativstaat der Tschechen und Slowaken läßt den Fehler erkennen, der darin bestand, daß man den dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen von Anfang an die Selbstverwaltung verweigert hat. Die Geschichte dieses Vielvölker-Staates wäre bei Gerechtigkeit für alle nationalen Gruppen anders verlaufen, als es geschehen ist.

Das Abkommen von München war eine Tatsache und viele Sudetendeutsche glaubten zunächst, nun sei das auch ihnen zustehende und bei den Pariser Friedensverträgen verweigernte Selbstbestimmungsrecht verwirklicht worden. Auch im damaligen Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas herrschte diese Auffassung. Die Stimme jener, die diesen Gewaltakt ablehnten, konnte sich kaum bemerkbar machen. Wenzel Jaksch, der letzte Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokratie und einer der verantwortlichen Befürworter der aktivistischen Politik in der Tschechoslowakei, faßte die Meinung seiner Gesinnungsfreunde bei der Jahrhundertfeier der Partei in München am 7. Juli 1963 in dem Satz zusammen:

- \* "Wir haben die Menschenrechte höher geschätzt, als daß wir das
- \* Selbstbestimmungsrecht aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen entgegennehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit dem Bösen
- \* niemals Gutes erwachsen kann."

Trotz dieser Mahnung an alle Betroffenen gibt es unter den Sudetendeutschen Illusionisten, die glauben, das Abkommen von München sei auch heute noch ein Instrument, mit dem man Politik machen könne. Solche Leute übersehen die Wirkung folgeschwerer Vorgänge. Hitler hatte im Jahre 1938 ein starkes Argument auf seiner Seite: er konnte seine Politik mit der Begründung rechtfertigen, daß er anstrebe, alle Deutschen Zentraleuropas in einem Staat zu vereinen. Darum fand er keinen Widerstand, als er den Ausschluß Österreichs durchsetzte. Darum konnte er das Sudetenland "heim ins Reich" holen - denn die naive, um den Frieden bangende Welt glaubte dem deutschen Diktator seine Zusicherung, daß es sich dabei um seine "letzte territoriale Forderung" handle. Als er sein Ziel, das Großdeutsche Reich zu schaffen, erreicht hatte, machte Hitler in seinem Größenwahn den ersten entscheidenden politischen Fehler: er erzwang das "Protectorat Böhmen-Mähren", er unterwarf dadurch ein anderes Volk, das tschechische Volk. Hitler zerriß durch diesen Vertrag das Abkommen von München. Er öffnete dadurch auch jenen die Augen, die geglaubt hatten, man könne einem Diktator gegenüber durch Nachgiebigkeit den Frieden sichern.

Der Ausgang des Krieges hat den Protectoratsvertrag erledigt. Wer meint, daß sein Vorläufer, das Abkommen von München, noch Bestand habe, übertrifft die Illusionisten von 1938 an Naivität. Das Abkommen von München ist tot und es kann nicht wieder zum Leben erweckt werden.

Freilich - mit dieser Feststellung sind nicht alle Probleme gelöst. Leider scheiterten an Dr. Benesch's sturer Haltung alle Versuche der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration, einer erneuerten Tschechoslowakei auf der Basis der Selbstverwaltung aller Völker dieses Staates eine gerechte und dauerhafte Zukunft zu sichern. Benesch setzte die Austreibung der Sudetendeutschen durch und löst damit Hitler in der Politik des Unrechts ab. Wie sehr sich dieses Unrecht am eigenen Volk rächte, ist in der jüngsten Zeit erneut deutlich geworden. Die Sudetendeutschen haben ihre Heimat verloren, das tschechische Volk verlor seine Freiheit. Heute, nach bösen Jahren des Übergangs, ist die Lage so, daß es in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht den Vertriebenen besser geht als den Vertreibern.

Schmerzlich bleibt der Verlust der Heimat. Nicht jedermann, der im ungeschmälernten Besitz und Genuß der Heimat, eines unschätzbaren Gutes und Rechtes aller Menschen ist, versteht, daß Gefühle auch ein Element der Politik sind. Darum ist der Beschluß von Godesberg, der an die Obhutspflicht der Bundesrepublik gegenüber den Vertriebenen erinnert, eine gute Sache und das gleiche gilt für die Verpflichtung, das Kulturgut der Vertriebenenengebiete für das deutsche Volk zu retten. Karl Renner prägte im Jahre 1915 das Wort: "Staaten sterben, Völker sind unsterblich." Wenn das deutsche Volk sich seiner Einheit bewußt ist, wenn es unter sich Solidarität beweist, wird es unsterblich sein.

Ein neuer Vertrag soll, so sagt es der Beschluß von Godesberg, die Beziehungen des deutschen Volkes zum tschechischen Nachbarvolk regeln. An diesem Werk, wenn dazu die Zeit reif ist, wollen auch die vertriebenen Sudetendeutschen teilnehmen. Sie verstehen etwas von der Sache, und sie sind auch Freunde der Nachbarn, die ihre Landleute waren. Es wird kein Zurück zu 1938 geben, aber auch kein Zurück zu 1945. Eine Vertreibung kann nicht durch eine andere gutgemacht werden. Es soll aber auch nicht das, was einmal im deutschen Namen geschah, nur einem Teil des deutschen Volkes angelastet werden. Man vergesse nicht, daß, ehe es einen Gauleiter mit dem Namen Konrad Henlein in Reichenberg geben konnte, es einen Adolf Hitler als Chef des deutschen Reiches in Berlin gegeben hat. Für die Folgen eines verlorenen Krieges müssen alle Deutschen die Verantwortung tragen.

Aber gerade die Vertriebenen, weil sie eben unter diesen Folgen am meisten zu leiden hatten, sind für eine Politik der Verständigung und des Friedens. Sie sind keine kalten Krieger. Sie wissen, ein unzulänglicher Friede ist besser als der schönste Krieg. Sie wünschen aber auch, daß alle Mittel einer friedlichen Politik ausgeschöpft und daß einseitige Bewertungen und sinnlose Anerkennungsopfer gegenüber den totalitären Regimen unserer Zeit vermieden werden.

+ + +

Bagdad und Ostberlin.

Die Bundesrepublik muß sich mehr um die arabische Welt kümmern

sp - Die deutsche Öffentlichkeit hat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Irak und der DDR mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen. Noch vor wenigen Jahren wäre dies undenkbar gewesen, hätte man doch in einem solchen der Bundesrepublik gegenüber gewiß unfreundlichen Akt so etwas wie eine nationale Katastrophe gesehen. Die DDR-Presse und die SED-Funktionäre jubeln und ergötzen sich in Superlativen; sie tun so, als hätten sie eine entscheidende Durchbruchschlacht gewonnen, wobei sie übersehen, daß die meisten arabischen Länder sich der Umarmungen durch die DDR versagen - und dies aus wohl-erwogenen Gründen.

Die Sowjetunion hat ein großes Interesse daran, daß möglichst viele Staaten die DDR, ihren treuesten Vasallen, völkerrechtlich anerkennen und sie wendet auch offenen und versteckten Druck an, um dies zu erreichen. Der Irak mit seiner labilen innenpolitischen Situation ist diesem Druck erlegen; es spricht vieles dafür, daß er durch diese Konzession an die Sowjetunion einen größeren Spielraum in der Behandlung des leidigen Kurdenproblems erzielen wollte. Seit Jahren herrscht in diesem ölreichen Land ein Bürgerkrieg, nur unterbrochen von zeitweiligen Waffenstillständen zwischen der Regierung von Bagdad und dem aufsässigen, um Autonomie ringenden Bergstamm der Kurden.

Es scheint sich bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR zunächst um einen Alleingang eines arabischen Staates zu handeln. Bagdad hat es dabei nicht einmal für notwendig befunden, die Arabische Liga zu konsultieren, obwohl, was Fragen der Deutschlandpolitik betrifft, sich alle arabischen Staaten zu gegenseitigen Konsultationen und gemeinsamem Vorgehen verpflichteten.

Für die Bundesrepublik ergeben sich einige ernste Aspekte. Offensichtlich ist es ihr nicht gelungen, ihre Neutralität im Nahost-Konflikt der arabischen Welt verständlich zu machen und der von der DDR in diesem Teil der Welt besonders breit entfachten Propaganda wirksam entgegenzutreten. Von Ostberlin verbreitete faustdicke Lügen finden oft Anklang und Gehör, wie etwa die unsinnige Behauptung, 700 deutsche Experten wären in der israelischen Rüstungsindustrie tätig. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich mehr als bisher um die arabischen Länder kümmern müssen; dies ist eine der wichtigsten Konsequenzen, die sich aus dem Schritt von Bagdad für Bonn ergeben.

+ + -

Erhard in Lateinamerika

"Mit der SPD muß man rechnen"

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

"Ludwig Erhard ist die beste Werbekanone für die SPD", erklärte ein stadtbekannter Madrider Spötter und Kabarettist, als er in der Zeitung die Ergüsse des ehemaligen Bundeskanzlers las, dessen Vorgänger Adenauer behauptet hatte, er verstehe nichts von Politik. "Er versteht auch nichts von der Wirtschaft, sonst hätte er der Bundesrepublik nicht eine gewaltige Flaute hinterlassen", fuhr die spanische Stimmungskanone fort. Solche Stimmen, so vereinzelt sie auftreten, zeigen doch recht deutlich, was das Ausland von der Bundesrepublik denkt. Erhards Lateinamerikareise wurde natürlich in Spanien mit besonderem Interesse verfolgt, hatte doch der damalige Bundeswirtschaftsminister im Jahre 1962 einen Kredit an Spanien vermittelt, der sich wirklich segensreich für die spanische Landwirtschaft erwiesen hat.

Stärkste Beachtung fand der SPD-Parteikongreß in Bad Godesberg, über den sogar sämtliche Provinz- und Lokalzeitungen in ungewöhnlicher Breite berichteten und dabei die Rolle des Bundeswirtschaftsministers Schiller als Retter des deutschen Wirtschaftswunders und des Vizekanzlers Brandt als Außenpolitiker herausstellten, der die Bundesrepublik aus der Isolierung herausgeführt und wieder zu internationaler Geltung verholfen habe. Selbst der in falangistischen Händen befindliche Staatsrundfunk mußte die Verdienste der SPD um Deutschland und Europa anerkennen. Angesichts der geopolitischen Zweitrangigkeit der Bundesrepublik sei es der "neuen Bundesregierung" gelungen, ihrer Stimme in Ost wie in West angemessenes Gehör zu verschaffen.

Die SPD wird von Monat zu Monat für die Kommentatoren Madrids und Lissabons interessanter. Da auch in beiden iberischen Ländern sich die Stimmen mehren, die einem Beitritt zum Atomwaffen-Sperrverbot das Wort reden, wird der Haltung der Bundesrepublik besondere Bedeutung beigemessen. Wesentlich dabei ist, daß die federführende Haltung der SPD in der Außenpolitik zunehmend stärkere Beachtung findet.

Die Äußerungen des "Gummi-Löwen" Erhard werden weder in Madrid noch in Lissabon sonderlich ernst genommen. In beiden europäischen Hauptstädten ist die Regierung Erhard/Wende mit dem Odium belastet, den Zustrom der Gastarbeiter gebremst zu haben. Die Regierung der Großen Koalition habe dazu beigetragen, diese für die beiden iberischen Länder ungünstige Entwicklung aufzuheben und neue Wege der europäischen Zusammenarbeit gefunden zu haben. Daß die SPD an dieser Entwicklung einen hervorragenden Anteil hat, wird selbst in Kreisen eingefleischter spanischer "Ultras" nicht mehr bestritten. "Mit der SPD muß man rechnen", erklärte ein spanischer Minister vor deutschen Diplomaten. Dem ist nichts hinzuzufügen.

+ + +

## Sinnbild der Internationale

### Bruno Kalnins 70 Jahre

K.K. - Am 7. Mai 1969 wird Bruno Kalnins siebzig Jahre alt. Es rundet sich damit eines der seltsamsten Schicksale ab, die mit der Geschichte der Sozialistischen Internationale verbunden sind. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß Bruno Kalnins durch sein Leben und Wirken die Internationale versinnbildlicht.

Die Feststellung, daß der kaum zwanzigjährige Bruno Kalnins sich aktiv an der Oktoberrevolution 1917 in Petrograd beteiligt hat und Mitglied des Vollzugsausschusses im Arbeiterrat Rigas geworden ist, ist an und für sich nicht sehr aufschlußreich. Man muß Bruno Kalnins selbst über jene Tage, Wochen und Monate reden gehört haben, um zu verstehen, daß das bewußte Leben Kalnins von frühester Jugend an der Freiheit geweiht war: Jener Freiheit freilich, die auch Kultur bedeutet. Der Freiheitsodem, der den Jüngling umbraute, als er in den Straßen Petersburgs zusammen mit Hunderttausenden Anderer den Sturz des Zarismus herbeiführen half, war bestimmend für das ganze Leben dieses Mannes. Würde er noch ein Vaterland haben, so würde ihn heute wohl die ganze Welt feiern. Aber er lebt als politischer Flüchtling in Schweden, und seine lettische Heimat ist der politischen Sklaverei und Entnationalisierung preisgegeben. Dort herrschen nun jene, die Lenins Ideen, für die auch der junge Kalnins eingetreten ist, zur Stützung des großrussischen Imperialismus mißbrauchen. Lettland wird russifiziert, wie auch die anderen baltischen Länder.

Der Lettische Volksrat verkündete im Jahre 1918, gestützt auf die Thesen Lenins, die staatliche Unabhängigkeit Lettlands. Der junge Kalnins war Mitglied dieses Volksrates; er ist dessen letzter Überlebender. Seit 56 Jahren ist Kalnins Mitglied der lettischen Sozialdemokratie, und schon 1916 war er Chefredakteur der wichtigsten Zeitung im freigewordenen Lettland. Dem Vollzugsausschuß der Lettischen Sozialdemokratie hat Kalnins von 1918 bis 1944 angehört. Parteisekretär ist er bis 1925 gewesen, Abgeordneter aller Parlamente in Lettlands demokratischer Geschichte, also zwischen 1920 und 1934.

Während des Zweiten Weltkrieges war Kalnins Vorsitzender des lettischen Zentralrates, der den Widerstand gegen die nazistischen Besatzer organisierte. Mit Gefängnissen und Konzentrationslagern

machte Kalnins wiederholt Bekanntschaft: 1918, 1934-1937, 1941 und 1944-1945. Seit 1947 ist Kalnins Vorsitzender des Auslandskomitees der lettischen Sozialdemokratie und Redakteur der Zeitschrift "Briviba", die von der lettischen Sozialdemokratie ausgegeben wird.

Bruno Kalnins gehört zu den besten Kennern der nationalen Probleme Mitteleuropas. In der Zwischenkriegszeit hat er zahllose Vorträge auf seinen Reisen durch Österreich, das Sudetenland und Deutschland gehalten. Er hatte die Arbeiter-Sportinternationale mitgegründet und war während der ganzen Zeit ihres Bestehens ihr geistiger Führer. Auch die Sozialistische Jugendinternationale hatte ihn 1923 unter ihren Gründern. Die Sozialistische Union für Zentral- und Osteuropa hat ihn seit ihrer Gründung (im Rahmen der Sozialistischen Internationale) als ihren Vorsitzenden. Und Kalnins hat keinen einzigen Kongreß der Sozialistischen Internationale (in der Zeit von 1923 bis 1969) versäumt.

Kalnins hat in Petrograd, Riga und Stockholm studiert. Als er nach Schweden emigrierte war er Magister der Juridik. Er hat die Emigrationszeit dazu benützt, den Doktorsgrad der philosophischen Fakultät in Stockholm zu erwerben und ist nun Dozent in russischer Geschichte und Politik an der Universität Stockholm, außerdem ist er Vorsitzender der schwedischen Studiengruppe für Sowjetforschung. Seine Kenntnisse über die Sowjetunion und die Osteuropa-Politik überhaupt sind kaum zu übertreffen.

Kalnins hat neben seiner umfassenden Tätigkeit als Politiker und Universitätslehrer einige wichtige Bücher geschrieben, so eines über den Freiheitskampf der baltischen Länder (1950, schwedisch), über die Geschichte der lettischen Sozialdemokratie (1956, lettisch), die Studie "Der sowjetische Propagandestaat" (1956), die Geschichte Russlands und der russischen Staatsformen (1964, schwedisch), "Agitprop" (1966). Schon 1946 erschien "Die deutsche Propaganda in Schweden 1939-1945" in schwedischer Sprache.

Bruno Kalnins ist noch in alter Kraft tätig. Er bekennt sich nicht mehr zu dem romantischen Internationalismus, der in seinen Jugendjahren gang und gebe war, sondern kennt die Schwächen des sozialistischen Internationalismus von heute sehr gut. Er weiß, daß Heimatvertriebene, die kein Land hinter sich haben, nicht viel gelten und daß das Schicksal der baltischen Völker von der freien Welt kaum beachtet wird. Er glaubt aber daran, daß die ganze Welt einmal frei werden und dann auch sein Land wieder seinem eigenen Volke gehören wird. So setzt der Siebzigjährige das Werk seiner Jugend unbeirrt fort: Kritischer als einst, jedoch eben-